



## Thomas Jurk

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der Landesgruppe Sachsen

### Deutscher Bundestag

Thomas Jurk MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: (030) 227-73628

Fax: (030) 227-76628

E-Mail: [thomas.jurk@bundestag.de](mailto:thomas.jurk@bundestag.de)

[www.thomas-jurk.de](http://www.thomas-jurk.de)

Thomas Jurk MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

### Aktueller Bericht aus Berlin vom 13. Dezember 2017

Die SPD-Bundestagsfraktion hat seit der letzten Landesvorstandssitzung viermal getagt. In der Sitzung am 4. Dezember wurden Sören Bartol, Hubertus Heil, Eva Högl, Christine Lambrecht, Karl Lauterbach, Katja Mast, Matthias Miersch, Rolf Mützenich und Achim Post als stellvertretende Fraktionsvorsitzende gewählt. Der geschäftsführende Fraktionsvorstand wird durch die ebenfalls neu gewählten Parlamentarischen Geschäftsführerinnen Bärbel Bas, Marianne Schieder, Dagmar Ziegler sowie die Justiziarin Sonja Steffen vervollständigt. Da die Bildung einer neuen Regierung nicht absehbar ist, sollen im Januar die ordentlichen Bundestagsausschüsse eingesetzt werden. Dann werden auch die Sprecher der Ausschussarbeitsgruppen gewählt.

In der letzten Sitzungswoche debattierte der Deutsche Bundestag am 21. November in einer von der SPD-Bundestagsfraktion beantragten aktuellen Stunde über die von Siemens angekündigten Werkschließungen, u.a. in Görlitz und Leipzig. In dieser - auch für Sachsen wichtigen - Debatte kritisierte u.a. Martin Schulz den vom Siemens angekündigten massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen scharf.

In dieser Woche beriet der Deutsche Bundestag abschließend über die Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an insgesamt sieben Auslandseinsätzen. Dabei handelt es sich um die Bundeswehreinätze im Mittelmeer, in Syrien, im Irak, in Afghanistan, in Mali, in Darfur und in Südsudan. Alle sieben Mandate wurden um jeweils drei Monate verlängert und sind gegenüber den noch geltenden Mandatsbeschlüssen unverändert geblieben. Beschlossen wurde vom Deutschen Bundestag in dieser Sitzungswoche zudem ein Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen (DS 19/234), der konkrete Verbesserungen bei der Hilfe für Opfer von Gewalttaten, wie dem islamistischen Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz vom 19. Dezember 2016, vorsieht. Dazu gehören die Einrichtung zentraler Anlaufstellen zur Unterstützung der Opfer sowie eine Prüfung der Höhe und der Zugangsmöglichkeiten zu Entschädigungsleistungen.

In dieser Sitzungswoche wurde außerdem über die SPD-Anträge zu Maßnahmen gegen den unfairen Steuerwettbewerb (DS 19/233) sowie zum nationalen Ausstieg aus der Anwendung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel (DS 19/232) debattiert. Mit letzterem Antrag wollen wir die Artenvielfalt langfristig erhalten und verbessern.